

sition stehen, noch im Antikommunismus befangen sind. Genossen! Wir dürfen, können und wollen euch nicht verschweigen, daß wir nur schrittweise die Nebelwand des Antikommunismus durchstoßen, die die herrschenden Kreise in Westberlin errichtet haben.

Gegenwärtig ist es so, daß unsere Bevölkerung zwar den Frieden will, aber die Friedenskräfte noch zersplittert sind. Das Hauptthema bei der Zusammenführung der Arbeiter, der Angestellten, der Angehörigen des Mittelstandes und der Intelligenz für eine Politik des Friedens ist der Antikommunismus, der die Herzen und Hirne vieler Westberliner bis hinein in die Reihen der Arbeiterschaft vergiftet. Aber in der Frage des Friedens und der Notwendigkeit, Wege der Verständigung und Entspannung zu beschreiten, gewinnt unsere Politik in Westberlin Schritt für Schritt an Boden. Die Mehrheit der Westberliner will vor allem Frieden, der nicht durch Grenzkonflikte und Grenzprovokationen gestört werden darf.

Um die Jahreswende gab es von Westberlin aus, wie euch bekannt ist, eine Reihe friedensstörender Sprengstoffanschläge gegen die Sicherungsanlagen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Leidtragenden waren unsere Westberliner. Sie mußten in vielen Fällen bei grimmiger Kälte hinter zertrümmerten Fensterscheiben sitzen. In gerechter Empörung bezeichnet die Westberliner Bevölkerung die Sprengstoffanschläge in aller Offenheit als politisches Abenteuerum, bei dem nur neues Unheil herauskommen kann.

Genossen! Am 17. Februar finden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Unsere Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands-Westberlin, beteiligt sich an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, obwohl von gleichen Wahlkampfbedingungen nicht gesprochen werden kann. Wir nehmen an den Wahlen teil, weil unsere Bevölkerung die Möglichkeit haben muß, sich diesmal richtig für eine neue, für eine wahre deutsche Politik zu entscheiden. Die Spitzen der Senatsparteien haben alle Unruhe und Unsicherheit, die das Leben unserer Bevölkerung in Westberlin beherrschen, verschuldet. Die Senatsparteien würden jede Stimme für die CDU und für die Rechtssozialdemokraten, die die Politik von Brandt und Wehner unterstützen, als Mandat zur Fortführung einer Politik auslegen, die unserer Bevölkerung weder Frieden noch Ruhe, weder Entspannung noch Sicherheit bringt. Eine Änderung in Westberlin kann und wird es nur dann geben, wenn endlich eine Wende zum Guten eingeleitet wird. Das erfordert, daß in Westberlin eine